

Hartz IV: Immer Ärger mit der Arge

Erich Ströbel ist ALG II-Empfänger und kritisiert die Arbeitsweise der Jobcenter – Unterstützungsverein gegründet

Von Andreas Geroldinger

Viechtach. Hartz IV ist wieder in der Diskussion: Pünktlich zum fünfjährigen Jubiläum fordert Ministerin Ursula von der Leyen härtere Sanktionen für Arbeitsunwillige; eine höchst populäre Idee – zumindest bei denjenigen, die nicht auf die staatliche Unterstützung angewiesen sind. Für die Betroffenen ist dagegen schon der jetzige Sanktionsmechanismus oft nicht nachzuvollziehen.

Hausbesuch bei Erich Ströbel; 59 Jahre, seit 2007 arbeitslos. Nach eineinhalb Jahren ohne Job erteilte den gelernten Metzgermeister im Januar vergangenen Jahres das Schicksal, das Millionen mit ihm teilen: Ströbels Arbeitslosenunterstützung endete, er wurde Hartz-IV-Empfänger. „Über 40 Jahre habe ich in meinem Beruf gearbeitet, bin früh morgens aufgestanden, habe täglich von früh bis spät geschuftet“, erzählt Ströbel. Nun müsse er mit knapp 500 Euro auskommen; bald wird auch er nur noch den Regelsatz von 359 Euro im Monat bekommen. „Ich werde behandelt, als hätte ich noch nie in meinem Leben gearbeitet“, kritisiert der 59-Jährige.

Deshalb gründete er im April 2009 den Unterstützungsverein für Hart Betroffene Viechtach (UVHBV). Ströbel wollte etwas unternehmen, um andere Menschen, die in der gleichen Situation stecken wie er, zu unterstützen. Es gehe nicht darum, gegen die bestehende Rechtslage anzugehen, betont Ströbel. „Da können wir nichts ausrichten.“ Vielmehr wolle er Gleichgesinnte darauf hinweisen, für die eigenen Rechte einzustehen. „Die meisten wissen gar nicht, was ihnen zusteht“, sagt Ströbel. Viele würden sich von der Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft (Arge), die seit 2005 für die Leistungen der Hartz-IV-Empfänger zuständig ist, einschüchtern lassen, kritisiert der 59-Jährige. „Wer nicht betroffen ist, hat keine Ahnung, was da abgeht.“

Die Problematik sei „nicht aus der Luft gegriffen“, sagt Ströbel. Bei der Viechtacher Tafel, wo er seine Klientel regelmäßig informiert, höre er immer von den gleichen Problemen. „Da steckt Systematik dahinter“, ist Ströbel sicher. Sein Eindruck: Die Arge-Mitarbeiter seien nicht darauf aus, Jobs zu vermitteln, sondern Sanktionen durchzudrücken, um die Kosten zu minimieren. „Die wollen das Geld kürzen“, vermutet Ströbel. Er selbst habe das bereits vier Wochen nach

Beginn seiner „Hartz IV-Zeit“ am eigenen Leib erfahren.

Nach Aufforderung durch die Arge habe er sich bei der Stadt Viechtach gemeldet, um dort als Ein-Euro-Jobber „eingestellt“ zu werden. „Eine typische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“, sagt der 59-Jährige. Obwohl er den Termin wahrgenommen hätte, sei einige Zeit später ein Schreiben der Arge gekommen. Darin hieß es, er habe sich nicht bei der Stadt gemeldet, weshalb seine Geldansprüche gekürzt werden. Doch das stimmte nicht und trotzdem stand er nun in der Bringschuld. „Ich habe beweisen müssen, dass ich zu dem Termin erschienen bin.“ Für ihn eine Rechtsverdrehung. „Normalerweise muss die Anklage die Schuld beweisen, beim Arbeitsamt der Angeklagte dagegen seine Unschuld.“

Hohe Sanktionsquote im Landkreis Regen

Die unterschiedlichen Ansichten schlagen sich in drei dicken Ordnern nieder, in denen Ströbel den Schriftverkehr mit der Arbeitsgemeinschaft archiviert hat. Vor kurzem habe ihm die Arge erneut mit Sanktionen gedroht, weil er auf einen Fragebogen zu seiner gesundheitlichen Situation nicht geantwortet hat. Der Vorwurf: Der 59-Jährige habe den ärztlichen Dienst verweigert. Auf dem Schreiben war jedoch von freiwilligen Angaben die Rede gewesen. Ströbel sah sich deshalb nicht verpflichtet, Auskunft zu geben – und habe sofort Druck bekommen. „Wie kann das sein, wo ich doch nur die Fragen nicht beantwortet habe?“, rätselt der gebürtige Mittelfranke.

Ein Blick in die Statistik scheint den Eindruck von gezielten Sanktionsmaßnahmen zu bestätigen. Während im August 2009 bayernweit 3,2 Prozent der Hartz IV-Empfänger sanktioniert wurden – der bundesdeutsche Schnitt liegt bei 2,6 Prozent –, sind es im Landkreis Regen 4,7 Prozent. Johann Reiser, Leiter der Agentur für Arbeit in Zwiesel, führt die relativ hohe Quote auf strukturelle Gegebenheiten zurück. Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger im Kreis Regen sei mit zwei Prozent verhältnismäßig gering. Von den Langzeitarbeitslosen würde sich aber erfahrungsgemäß ein größerer Teil den Eingliederungsvereinbarungen verwehren.



Jede Menge Papier: Erich Ströbel hat mittlerweile drei dicke Ordner über seinen Schriftverkehr mit der Agentur für Arbeit und der Arge angelegt. – Foto: Geroldinger

„Wir haben es mit einem harten Kern zu tun“, betont Reiser.

Rechtlich seien seinen Mitarbeitern da die Hände gebunden. „Wir haben in solchen Fällen nicht viel Spielraum“, gibt der Leiter der Arbeitsagentur auf Nachfrage des *Viechtacher Bayerwald-Boten* zu verstehen. „So ist halt das Gesetz.“ Dass dieses durchaus schmerzliche Maßnahmen zulässt, dessen ist sich Reiser bewusst. „Die Sanktionspraxis ist sehr hart.“ Jeder Kunde werde aber vor einem etwaigem Sanktionsbescheid befragt und habe im Nachhinein die Möglichkeit, Widerspruch oder Klage einzureichen.

Bei den vierteljährlichen Kundenbefragungen schneide die Arbeitsagentur im Landkreis „überdurchschnittlich gut ab“, betont Reiser. Den Vorwurf der Willkür oder gar Arroganz der Arge-Mitarbeiter in Regen, die der UVHBV propagiere, weist er entschieden zurück. „Das lassen wir uns nicht gefallen.“ Das habe er auch bei einem ersten Treffen mit Vertretern des Unterstützungsvereins deutlich gemacht.

Auch Erich Ströbel weiß, dass die grundsätzliche Problematik in den Vorgaben der Politik zu suchen ist. Dennoch ist er überzeugt, dass die Mitarbeiter „einen gewissen Ermessungsspielraum“ haben. Die Zeiten hätten sich geändert, ist Ströbel überzeugt. Früher habe man sich noch darauf verlassen können, dass ein Behördenschreiben Hand und Fuß hätte. „Heute muss man das in Zweifel ziehen.“

„Wir führen keinen Privatkrieg“

Ströbel hofft, dass sich noch mehr Mitglieder als die bisherigen elf seinem Verein anschließen. „Der Einzelne hat keine Chance, erst im Kollektiv ergibt sich ein stabiles Element.“ Ziel sei es, die Menschen, die erst vor kurzem arbeitslos geworden sind, darauf hinzuweisen „nicht die gleichen Fehler zu machen wie wir“.

Eines stellt der 59-Jährige

klar: „Wir führen keinen Privatkrieg gegen das Arbeitsamt.“ Vielmehr gehe es darum, die bestehenden rechtlichen Ansprüche auch einzufordern. „Wenn die Banker bei hohen Boni-Zahlungen auf ihr Recht pochen, dann dürfen wir das auch.“ Die Arbeitsagentur nimmt die Anliegen des UVHBV durchaus ernst und hofft für die Zukunft auf eine konstruktive Zusammenarbeit: „Bei Problemen und Vorschlägen kann der Verein jederzeit auf uns zu kommen“, sagt Reiser.

HINTERGRUND

Fünf Jahre alt wurde die größte Arbeitsmarktreform der vergangenen Jahre zum 1. Januar. Seit einem halben Jahrzehnt sorgt ein Gewirr aus Regelsätzen, Freibeträgen und Zuverdienstmöglichkeiten oftmals für Verwirrung. Deshalb an dieser Stelle eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Inhalte:

Was im Volksmund kurz Hartz IV genannt wird, trägt offiziell die Bezeichnung Arbeitslosengeld II (ALG II). Zusammengefasst sind darin die Leistungen aus Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Ziel war damals, die Betreuung der Arbeitssuchenden zu verbessern und die Vermittlung zu vereinfachen. „Fordern und Fördern“ hieß das Schlagwort mit dem die Reformen auf einen Nenner gebracht wurden. Kritiker bemängeln vor allem, dass das Leistungsprinzip nur unzureichend berücksichtigt werde und langjährige Beitragszahler nach einem Jahr genauso behandelt werden wie Langzeitarbeitslose.

Auch wer Jahrzehnte gearbeitet hat, fällt nach zwölf Monaten schrittweise auf das Niveau von Sozialhilfeempfängern und erhält eine festgelegte Regelleistung. Die beträgt für einen Erwachsenen 359 Euro und pro Kind maximal bis zu 287 Euro. Hinzu übernimmt der Staat die Beiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Das Gesetz erlaubt, dass 100 Euro im Monat ohne Abzüge hinzuverdient werden können. Bei einem Bruttoverdienst zwischen 100 und 800 Euro werden dagegen nur noch 20 Prozent nicht auf das Arbeitslosengeld angerechnet; bei 500 Euro Zuverdienst blieben demzufolge 180 Euro mehr (100+20 Prozent von 400).

Bei einem Einkommen von über 800 Euro verringert sich der Freibetrag auf zehn Prozent. Von jedem zusätzlich verdienten Hunderter bleiben dann nur noch zehn Euro mehr übrig.